

Wöchentlich 6mal wöchentlich mit 2 Malen. Gedruckt bei der „Sächsischen Volkszeitung“ in Dresden.

Verlag: Dresden

Abzugsbreite: Die Igelbirene Preizette 20 J. Familienangelegenheiten... Preis 1 M. für Einzelhefte...

# Sächsische Volkszeitung

Verlag: Dresden

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung...

## Vor Brünings Erklärung

Stichwahl um den Posten des Reichstagspräsidenten

### Klare Haltung des Zentrums

Berlin, 15. Oktober.

Die Sitzung am Donnerstag, in der der Reichsminister die Erklärung der Regierung abgegeben wird, wird zweifellos den Höhepunkt der Verhandlungen des neuen Reichstages in dieser Woche bedeuten.

Die gestrigen Beratungen der Fraktionen lassen deutlich erkennen, in welcher Weise sich heute die Abstimmungen vollziehen werden. Das Zentrum hat den einzig möglichen Beschluß gefaßt, trotz der Querrevolverien der Rechten...

Man hat ausgerechnet, daß eine Mehrheit von 204 Stimmen auf diese Weise erreicht werden kann. Das dürfte somit zur Stichwahl kommen, bei der die Stimmen der kleineren Gruppen den Ausschlag geben werden.

Man hat ausgerechnet, daß eine Mehrheit von 204 Stimmen auf diese Weise erreicht werden kann.

Die Frage, an welche Parteien die Posten der Vizepräsidenten vergeben werden sollen, ist in den gestrigen Beratungen nicht erörtert worden. Ihre Lösung wird davon abhängen, wie die Wahl des Reichstagspräsidenten ausfällt.

### Jugenberg ist uneduldig

Berlin, 14. Oktober.

Namens der Deutschnationalen Fraktion haben Dr. Hugenberg und Dr. Oberfohren an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem zunächst gefordert wird, die Deutschnationale Partei habe sich am 17. Juli zur Beteiligung an einer nichtmarxistischen Regierung bereit erklärt.

Angesichts der bevorstehenden neuen Abstimmungen halten wir es für erforderlich, unmissverständlich festzulegen, daß es die Frage der Regierungsbildung und des Regierungssystems in Preußen ist, die auch heute wieder einer politischen Zusammenarbeit der nichtmarxistischen Parteien zur Lösung bedürftig ist.

## Das Urteil gegen die Ruheflörer

Sie sympathisieren mit den Nationalsozialisten

Berlin, 15. Oktober. Nach 2 Uhr früh wurde in dem Verfahren gegen die Ruheflörer, denen auch die Demolierung der Fensterscheiben in der Leipziger Straße zur Last fällt, vor dem Schnellgericht das Urteil gefällt.

Das Verfahren gegen zwei jugendliche Angeklagte ist abgetrennt und gegen einen anderen verlagert worden. Drei Angeklagte wurden freigesprochen und gegen einen anderen das Verfahren eingestellt.

Die übrigen elf Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis herab zu zwei Wochen und einer Geldstrafe von 100 RM.

In der vorhergehenden Vernehmung erklärten die meisten Angeklagten, der Nationalsozialistischen Partei anzugehören oder mit ihr zu sympathisieren. Damit ist klar erwiesen, daß die Ausschreitungen vor dem Reichstagsgebäude und in der Leipziger Straße auf das Treiben nationalsozialistischer Elemente zurückzuführen sind.

Die Gauleitung Berlin der nationalsozialistischen Arbeiterpartei gibt ihrerseits eine Darstellung der Vorgänge, die wir der eigenartigen Mentalität wegen hier folgen lassen wollen: Es ist Schuld der Polizei, daß überhaupt Zwischenfälle bei der Eröffnung des Reichstages zu verzeichnen gewesen sind.

immer gefährlicher für Deutschland und die Welt aufsteigenden deutschen Frage entgegensteht. Die Abneigung des Zentrums, in Preußen die Bewindung mit der Sozialdemokratie zu lösen, ist nach der von Woche zu Woche sich immer klarer abzeichnenden Entwicklung der hiesigen und inneren Grund, aus dem heraus die Finanz-, Finanz- und Wirtschaftsfrage Deutschlands jetzt durch die deutsche Bevölkerung gelöst werden soll, hat durch das mutige Ansinnen des Tribünenproblems (1) die ist der Grund, weshalb wir kein christliches Schulgesetz (1) und keine Gesundung der christlichen Grundgesetze aufgeben wollten. Sie ist es, die eine unheilvoll wirkende Finanzreform und auf der anderen Seite auch eine gesunde Entschärfung der deutschen Reichswirtschaft verhindert.

Wir halten es für unsere Pflicht, auf diesen Kern der letzten Lage immer wieder hinzuweisen und in immer dringenderer Form unsere Anregung zu wiederholen, in Preußen eine Wendung herbeizuführen. Für die durch eine gegenteilige Entscheidung bedingte verwerfliche Reichspolitik des jetzigen Kabinetts werden wir weiterhin keinerlei Mitverantwortung übernehmen.

Wie wir erfahren, dürfte dieser Brief nicht direkt beantwortet werden. In Kreisen der Reichsregierung wird darauf hingewiesen, daß der Brief in der Begründung der Haltung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion einige Irrtümer enthalte. So wird festgestellt, daß Geheimrat Jugenberg in der Unterredung vom 17. Juli niemals die Übernahme der Mitverantwortung für die Regierung und die Zustimmung zur Rotverordnung erklärt, sondern sich auf die Forderung beschränkt hat, die Entscheidung über die Rotverordnung bis zum Herbst zu verschieben. Dr. Oberfohren war noch weiter gegangen und hatte in einer früheren Unterredung ausdrücklich erklärt, daß irgendeine Verantwortung für die Steuererhöhung von den Deutschnationalen nicht übernommen werden könnte.

Auf den weiteren Inhalt des Briefes einzugehen erübrigt sich wohl. Die Behauptung, die Preußenkoalition verhindere das Zustandekommen eines christlichen Schulgesetzes, trägt einen agitatorischen Charakter. Jeder politisch interessierte Mensch in Deutschland weiß, daß das Zustandekommen eines solchen Gesetzes im Reichstag durch die Deutsche Volkspartei verhindert worden ist und daß nächst der Deutschen Volkspartei die deutschnationale Reichstagsfraktion die größten Querhändler gestellt hat. Wenn Jugenberg, den die moralische Vertreterstellung für die U.S.A. für „Scharls Magazin“, die „Nachbarzeitung“ und ähnliche Schund- und Schmutzprodukte trifft, sich als Verteidiger der christlichen Grundgesetze des deutschen Volkstums ansieht, dann ist auch diese Spielart politischer Weilsichtigkeit nichts neues mehr.

## Oesterreichs Zukunft

Von Carl Baugoin, österreichischem Bundeskanzler.

Am 9. November findet in Oesterreich die Neuwahl des Nationalrates statt. Die folgenden Ausführungen des österreichischen Bundeskanzlers werden daher das besondere Interesse unserer Leser finden.

Als im Jahre 1918 Oesterreich als ein kleiner selbständiger Staat aus dem großen österreichisch-ungarischen Reich entstanden, war es klar, daß es mit Rücksicht auf die Kriegsfolgen, die Wirtschaftsnot und die schweren inneren Gegensätze nicht leicht sein würde, dem jungen Staate rasch eine brauchbare Neuordnung zu geben. Seit dem Jahre 1918 ist mehr als ein Jahrzehnt vergangen und man kann nun schon ein abschließendes Wort über diese jüngste Vergangenheit Oesterreichs sagen. Diese Zeitspanne ist hauptsächlich gekennzeichnet durch den Kampf mit der Sozialdemokratie, die in Oesterreich im Vergleich mit anderen europäischen sozialdemokratischen Parteien den schärfsten Linkskurs verfolgt und deshalb allgemein als „Austromarxismus“ oder „Austrosowjetismus“ bezeichnet wird. Gleich nach dem Zusammenbrüche haben die Sozialdemokraten in Oesterreich eine vollkommen international-marxistische Herrschaft auszurichten versucht. Dies kam vor allem darin zum Ausdruck, daß die damalige staatliche Wehrmacht als „Rote Armee“ eingerichtet wurde, die an Stelle der Staatsfarben die rote Fahne führte, die statt der Staatsymme die Internationale spielte und die nicht von ihren Vorgesetzten, sondern von Soldatenkommissaren geführt wurde. In dieser Haltung haben die Sozialdemokraten seither im Wesen nichts geändert, und in ihrem Parteiprogramm, das sie in Linz am 3. November 1926 beschlossen haben, bekennen sie sich noch immer zu den Mitteln der Diktatur. Auch in der Bundeshauptstadt Wien, wo derzeit noch eine marxistische Mehrheit im Landtage ist, wird ein streng roter Kurs verfolgt. Die Wiener sozialdemokratischen Abgeordneten sprechen öffentlich nur vom „Roten Wien“ und bei sozialdemokratischen Feiernlichkeiten werden auf den städtischen Gebäuden und in den Straßen rote Fahnen gehißt.

Durch das ganze letzte Jahrzehnt hindurch haben die Sozialdemokraten in Oesterreich das öffentliche Leben bis zur Unerkennbarkeit politisiert. Durch politische Streiks, durch Versammlungsstrenungen und durch Gefährdungsterror in den Fabriken wurde die ruhige innere Entwicklung andauernd unterbrochen. Die ungeheure politische Aktivität der Sozialdemokraten, die auch vor Religion, Familie, Armee, Schule und Gericht nicht Halt machte, führte schließlich zur Revolte in Wien am 15. Juli 1927, in deren Verlauf der Justizpalast niedergebrannt und eine Reihe nichtmarxistischer Redaktionen verwüstet wurden und ein Generalfeldmarschall das gesamte Wirtschaftsleben lähmte. — Nun kam der Umsturz. Die Mehrheit der Bevölkerung begann zu erkennen, daß ein durchgreifender Wiederaufbau Oesterreichs auf diese Art nicht möglich ist. Was den nichtmarxistischen Parteien in derselben Zeitperiode an großen Fortschritten gelang: Das Genfer Sanierungswerk Oesterreichs, die Schaffung einer festfundierten Währung, die Schöpfung einer staatsreuen und vaterländisch gesinnten Wehrmacht, die Erhaltung der Verfassung, und die Ausmarschfreiheit für alle Staatsbürger ohne Unterschied, die Eindämmung des Betriebsterror, die Herstellung der finanziellen Souveränität des Staates und die Verfassungsreform — das alles konnte nur unter den schwierigsten Kämpfen gegen das immer grundsätzliche „Nein“ der Sozialdemokraten errungen werden.

Der im Frühjahr 1927 gewählte Nationalrat hat wohl auf einigen Gebieten nennenswerte gesetzgeberische Tätigkeit ausüben können, er konnte aber zur Lösung der wichtigsten wirtschaftlichen Probleme nicht vordringen. Waren auch die Sozialdemokraten durch die Ereignisse im Juli 1927 stark zurückgedrängt, so gelang es ihnen doch wieder, dem weiteren Aufbau des Staates wirksame Hemmungen zu bereiten, sobald sie merkten, daß in vitalen Fragen ihrer Nachstellung wie beispielsweise in der Bundesbahnfrage eine für sie vorteilhafte Verschiebung eintrat. Seit dem Frühjahr dieses Jahres war es bereits klar, daß der bisherige Nationalrat nicht mehr befähigt war, die notwendigen wirtschaftlichen Besetze zu beschließen. Da aber weder die notleidende

Die heutige Nummer enthält die Beilage „Unterhaltung und Wissen“.

1003